

Beschlussvorlage	Datum: 18.08.2016	
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling	
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Büro des Oberbürgermeisters	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter:		
Terminverlängerung zum Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2016/AN/1727 vom 08.06.2016 zur Prüfung einer Warnemünder Woche GmbH		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
07.09.2016	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock verlängert den Termin zur Umsetzung des Beschlusses der Bürgerschaft Nr. 2016/AN/1727 zur Prüfung einer WARNEMÜNDER WOCHE GmbH bis zum 07.12.2016.

Beschlussvorschriften:
§ 22 KV M-V

bereits gefasste Beschlüsse:
Nr. 2016/AN/1727 vom 08.06.2016

Sachverhalt:

Mit Bürgerschaftsbeschluss Nr. 2016/AN/1727 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, zur Organisation und Durchführung der WARNEMÜNDER WOCHE, geeignete professionelle Unterstützung zu prüfen. Als zu evaluierende Prüfansätze wurden beispielhaft, bereits etablierte städtische Gesellschaften und/oder Organisationen, die Neugründung einer eigenständigen Organisation/Gesellschaft, oder die Organisation- und Durchführung durch den Rostocker Regattaverein (RRV) genannt.

Da vor dem v. g. Beschluss weder mit dem Rechteinhaber der WARNEMÜNDER WOCHE, dem Warnemünder Segel- Club (WSC), abschließend ermittelt werden konnte - woran mangelt es in den Organisationsstrukturen und was muss professioneller werden, bzw. mit dem Vorstand des RRV eruiert wurde, will und wie kann der Verein die Organisations- und Durchführungsverantwortung leisten - bedarf es dazu weiterer Gespräche u.a. mit den Vorständen des WSC und RRV.

Die Komplexität der v. g. Prüfansätze mit dem sportlichen Träger der Veranstaltung, WSC, für den Teil hoheitlich gemeinnütziger Aufgaben hin zum RRV abzustimmen und ggf. unter einem neuen Dach mit den städtischen Aufgaben und Leistungen, denen der privatwirtschaftlichen KVS- Rostock, sowie der anderen beteiligten Vereine und Verbände als Struktureinheit zu professionalisieren, erfordert Zeit für Sorgfalt.

Gemäß Geschäftsanweisung zu Vorlagen für die Bürgerschaft und ihre Ausschüsse, Abschnitt IV: Pkt. 15.6 ist der Bürgerschaft mit einer Beschlussvorlage ein neuer Termin vorzuschlagen.

Das Prüfergebnis kann der Bürgerschaft voraussichtlich für die Sitzung am 07.12.2016 vorgelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen: keine

in Vertretung

Dr. Chris Müller
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung und
1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters